

Inhalt

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungen</i>	XV
<i>Einleitung</i>	1

1. Teil

Die Bildung des StGH zum Schutze der Republik

<i>I. Die institutionelle Entstehungsgeschichte</i>	8	
A. Justiz und staatsrechtlicher Wandel:		
Die Entwicklung in der Justiz bis zur Bildung des StGH zum Schutze der Republik 1922	9	
1. Justiz und Justizkritik in der Revolution	10	
a) Entscheidung für Kontinuität in der Justiz	10	
b) Forderung nach Diskontinuität in der Justiz	14	
2. Die Justiz in der Revolutionsphase 1918/19	18	
3. Die Justiz in den Verfassungsberatungen	18	
4. Justiz und WRV: Erhalten statt Gestalten?	23	
B. Die Justiz in der Gesetzgebung unter der WRV		24
1. Unmittelbare Nachkriegsmaßnahmen in der Justiz	24	
a) Maßnahmen zur personellen Neuordnung	25	
b) Einrichtung der Verfassungsgerichtsbarkeit	25	
c) Entlastung durch die sogenannte „Kleine Justizreform“	26	
d) Entlastung durch außerordentliche Gerichte	27	
2. Ansätze für eine Neuordnung der Justiz	30	
a) Verreichlichung der Justiz: Reichsverwaltungsgericht und StGH zum Schutze der Republik	34	
(1) Der verfassungsrechtliche Rahmen des Art. 107 WRV	34	
(2) Der RVerwG-Entwurf 1922	38	
b) Demokratisierung der Justiz: „Große Justizreform“ und StGH zum Schutze der Republik	40	
(1) Alte und aktuelle Zielvorstellungen	41	
(2) Die Entwürfe zur „Großen Justizreform“ im einzelnen	46	

3. Zusammenfassung	55
C. Partielle Neugestaltung der Justiz:	
Der StGH zum Schutze der Republik	56
1. Partielle Neugestaltung durch Abbau der außerordentlichen Gerichte	57
2. Partielle Neugestaltung durch Verreichlichung der Justiz:	
Der StGH zum Schutze der Republik als Verwaltungs- und Verfassungsgericht	58
a) Standort und Organisation	59
b) Aufgaben und Zuständigkeiten	60
3. Partielle Neugestaltung durch Demokratisierung der Justiz:	
Der StGH zum Schutze der Republik als Strafgericht	62
a) Prinzip der Regelzuständigkeit	63
b) Organisation und Verfahren	65
c) Zusammensetzung und Besetzung	66
(1) Zusammensetzung in der Hauptverhandlung	67
(2) Zusammensetzung außerhalb der Hauptverhandlung und bei Stellvertretung	70
(3) Insbesondere: Republikanisierung bei der Besetzung	71
4. Partielle Neugestaltung mit Verfassungsdurchbrechung	74
5. Wiederum: Tradierte Umgestaltung mit dem 2. Berliner Protokoll von 1922	76
a) Exkurs: Verhältnis Reich-Bayern	78
b) Das Berliner Protokoll von 1921	80
c) Das Berliner Protokoll von 1922	82
(1) Relativierung der Verreichlichungsidee	85
(2) Relativierung der Demokratisierungsidee	88
D. Zusammenfassung:	
Der StGH zum Schutze der Republik als institutionelle Alternative in der Weimarer Justiz	90
II. Die Besetzung des StGH zum Schutze der Republik	93
A. Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen	93
B. Besetzung des 1. Senats 1922	95
1. Die reichsgerichtlichen Mitglieder	96
2. Die nichtrichterlichen Mitglieder	98
3. Die stellvertretenden Mitglieder	102
a) Die reichsgerichtlichen Mitglieder	102
b) Die nichtrichterlichen Mitglieder	104
C. Besetzung des 2. (süddeutschen) Senats 1923	106

1. Die Vorschläge der beteiligten Länder	107
2. Die reichsgerichtlichen und nichtrichterlichen Mitglieder.	111
3. Die stellvertretenden Mitglieder	113
D. Entwicklung der Personalstruktur bis zur Aufhebung des StGH zum Schutze der Republik 1927	115
1. Personalwechsel bei den reichsgerichtlichen Mitgliedern.	120
2. Personalerweiterung bei den nichtrichterlichen Mitgliedern	124
a) Arbeitsentlastung durch Personalerweiterung	125
b) Insbesondere: Entlastung mit Wohnort Leipzig	127
E. Zusammenfassung: Der StGH zum Schutze der Republik als personelle Alternative in der Weimarer Justiz	130

2. Teil

Die Rechtsprechung des StGH zum Schutze der Republik

I. Die Rechtsprechung in Strafsachen.	134
A. Überblick	135
B. Die Rechtsprechung zu den Hochverratsbestimmungen	136
1. Staats- und Republikenschutz	137
a) Das Schutzobjekt in der Hochverratsrechtsprechung: Die „Verfassung“ in § 81 Nr. 2 StGB	137
b) Das Schutzobjekt in der Rechtsprechung zum RepSchG: Die „verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform“ in den §§ 7 Abs. 1 Nr. 4, 8 Nr. 1 RepSchG	142
2. Der strafrechtliche Hochverrat in Verbindung mit den Bestimmungen des RepSchG	147
a) Vollendeter und versuchter Hochverrat (§§ 81, 82 StGB)	147
b) Komplott und Konspiration als Vorbereitung zum Hochverrat (§§ 83, 84 StGB)	151
c) Die Aufforderung zum Hochverrat (§ 85 StGB) und „jede andere, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung“ (§ 86 StGB)	154
d) Fallgruppen	155
(1) Hochverrat durch Waffen- und Sprengstoffbeschaffung	157
(2) Hochverrat durch Propaganda und Zersetzung.	162
(3) Hochverrat durch Presse und Buchhandel	168
(4) Hochverrat durch Literatur, Kunst und Wissenschaft	175
e) Handhabung der Strafzumessung	179

C. Zusammenfassung	184
<i>II. Die Rechtsprechung zu den Republiksschutzbestimmungen</i>	<i>188</i>
A. Die Rechtsprechung zu den geheimen oder staatsfeindlichen Verbindungen (§ 7 Abs. 1 Nr. 4 und 5 RepSchG)	189
1. Zeitgenössische und historische Kritik an der Rechtsprechung ..	189
2. Grundsätzliche Weichenstellung durch das RG	192
3. Die Rechtsprechung des StGH zum Schutze der Republik: Vom Einzelfall zur Funktionskörper-Lehre gegenüber der KPD ..	196
a) Die Generalisierung der Staatsfeindlichkeit für die KPD	197
b) Die tatsächliche und konstruierte Staatsfeindlichkeit	199
B. Die Rechtsprechung zu Geheimorganisationen und strafbaren Verbindungen (§§ 1–7 Abs. 1 Nr. 4 und 5 RepSchG)	202
1. Die Organisation „Consul“	203
2. Der Tscheka-Prozeß	207
C. Die Rechtsprechung zu den Waffendelikten (§§ 7 Abs. 1 Nr. 5 und 6, 8 Nr. 3 RepSchG)	210
1. Zum Verheimlichen und Unterlassen der Anzeige eines Waffenlagers (§§ 7 Abs. 1 Nr. 6, 8 Nr. 3 RepSchG)	210
a) Das Waffen- oder Munitionslager	210
b) Verheimlichen und Anzeigepflicht	214
2. Zum Sichanschließen an eine bewaffnete Verbindung (§ 7 Abs. 1 Nr. 5 RepSchG)	219
D. Die Rechtsprechung zur „Mordhetze“ und Beschimpfung der Republik	221
1. Der § 7 Abs. 1 Nr. 1–3 RepSchG als Ausnahmefall	222
2. Der § 8 Nr. 1 und 2 RepSchG als Regelfall	224
a) Beschimpfung und Beleidigung	226
b) Beschimpfung und freie Meinungsäußerung	231
c) Beschimpfung und Antisemitismus	233
d) Beschimpfung der republikanischen Staatsform	234
e) Beschimpfung der republikanischen Regierung	238
f) Beschimpfung der Reichs- und Landesfarben	244
E. Zusammenfassung	246
<i>III. Die Rechtsprechung zu den verwaltungsrechtlichen Bestimmungen</i>	<i>249</i>

A. Überblick	250
B. Die Rechtsprechung zu Vereins- und Vereinigungsverboten (§ 14 Abs. 2 RepSchG)	252
1. Zuständigkeit	252
2. „Vereine und Vereinigungen“ (§ 14 Abs. 2 RepSchG)	252
3. „Erörterungen“ und „Bestrebungen“ als Verbotsgrundlage (§ 14 Abs. 2 RepSchG)	256
4. Verbot von Ersatzorganisationen (§ 19 Abs. 2 RepSchG)	261
5. Rechtsfolgen	263
6. Zusammenfassung	263
C. Die Rechtsprechung zu Versammlungsverboten (§§ 14 Abs. 1, 15 und 16 RepSchG)	267
1. „Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen“ (§ 14 Abs. 1 RepSchG)	268
2. „Bestimmte Tatsachen“ als Verbotsgrundlage (§ 14 Abs. 1 RepSchG)	269
3. Rechtsfolgen	271
4. Zusammenfassung	272
D. Die Rechtsprechung zu Zeitungsverboten (§§ 20 ff. RepSchG)	272
1. Zuständigkeit	274
2. Der „Inhalt einer periodischen Druckschrift“ als Verbotsgrundlage (§ 21 Abs. 1 S. 1 RepSchG)	275
3. Fallgruppen	277
a) Einzelfälle: Große Tageszeitungen und die demokratisch-liberale Presse	277
b) Einzelfälle: Völkische Presse und antisemitische Hetze	278
c) Zeitungsverbote gegen die Lokalpresse	279
d) Zeitungsverbote gegen die kommunistische Presse	280
4. Verbot sogenannter Ersatzblätter (§ 21 Abs. 2 RepSchG)	285
5. Rechtsfolgen	287
6. Zusammenfassung	287
E. Zusammenfassung	289